

Erstens: ignorieren, zweitens: diffamieren, drittens: umarmen?

Eine inhaltsanalytische Untersuchung der Kommentierung der Linkspartei von 2005 bis 2009

Mareike Hansen · Hannah Schmid · Helmut Scherer

Zusammenfassung: Für den Erfolg von kleinen Parteien spielen die Massenmedien eine zentrale Rolle, sie können unterstützend oder hemmend wirken. Dies ließ sich am Beispiel der Grünen beobachten: Mit der „Parlamentarisierung“ der Partei schlug die anfangs sehr kritische Haltung der Medien in eine positivere, sachlichere Berichterstattung um. Durchläuft nun auch die Partei „Die Linke“ einen solchen Prozess? Anhand einer quantitativen Inhaltsanalyse von Kommentaren der überregionalen Zeitungen *FAZ*, *SZ* und *taz* aus den Jahren 2005 bis 2009 untersucht die vorliegende Studie, wie sich die Medien gegenüber der Linken verhalten. Die Ergebnisse bestehender Studien zu kleinen, neuen Parteien werden teilweise bestätigt. Es zeigt sich, dass sich die Kommentierung der Partei über die Zeit bisher kaum verändert hat: Sachthemen spielen in der Diskussion nur eine untergeordnete Rolle, und die Partei wird von allen Zeitungen negativ bewertet, wobei sich die *taz* etwas von den anderen Zeitungen abhebt.

Schlüsselwörter: Die Linke · Kommentierung · Inhaltsanalyse · Nachrichtenfaktoren · redaktionelle Linie

First: ignore; second: demean; third: embrace?—A content analysis of newspaper opinion on the German party “Die Linke” (2005–2009)

Abstract: Mass media are an essential factor for the success of small parties, for the media can act in a supporting or an inhibiting way towards these parties. This could be observed for the example of the German Green Party: As the Greens were becoming more and more important

Online publiziert: 03.11.2010

© VS Verlag für Sozialwissenschaften 2010

M. Hansen, B.A. (✉) · Dipl.-Medienwiss. H. Schmid · Prof. Dr. H. Scherer
Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung, Hochschule für Musik,
Theater und Medien, Expo-Plaza 12, 30539 Hannover, Deutschland
E-Mail: mareike.hansen@ijk.hmtm-hannover.de

Dipl.-Medienwiss. H. Schmid
E-Mail: hannah.schmid@ijk.hmtm-hannover.de

Prof. Dr. H. Scherer
E-Mail: helmut.scherer@ijk.hmtm-hannover.de

in the parliaments, the media changed their formerly very critical view of the party to a more factual and positive reporting. Is the party “Die Linke” now experiencing a similar process? The present study analyses the comments of three national German newspapers from 2005 to 2009, using a quantitative content analysis with the aim of bringing to light how the media acted towards “Die Linke”. The results show that commenting has hardly changed since earlier studies were published. Factual issues only play a marginal role, and the party is judged negatively in all newspapers, with the *tageszeitung* slightly distinct from the other two papers, though.

Keywords: Die Linke · Comments · Content analysis · News value factors · Editorial line

1 Einleitung

Wegen der hohen Identifikation mit den bestehenden Parteien sowie bestimmter Reglementierungen (wie der Fünf-Prozent-Hürde) war das deutsche Parteiensystem lange Zeit beeindruckend stabil (vgl. Nachtwey und Spier 2007, S. 14; Jandura 2007a). Seit Beginn der 1980er Jahre kam es jedoch zu mehreren Umbrüchen. Zunächst etablierten sich die Grünen als vierte parlamentarische Partei. Anfang der 90er Jahre erfolgte durch die Wiedervereinigung und die ostdeutschen Parteien ein neuer Pluralisierungsschub (vgl. Niedermayer 2001, S. 9). Länger behaupten konnte sich jedoch nur die ehemalige Staatspartei der DDR, die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS). War sie zu Beginn vor allem im Osten erfolgreich, sorgte der Zusammenschluss der PDS mit der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) dafür, dass sich auch in vielen westdeutschen Bundesländern und auf Bundesebene ein Fünf-Parteien-System etablieren konnte (vgl. Nachtwey und Spier 2007, S. 13; Decker 2007; Blank und Tzschätz 2009).

Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht ist bedeutsam, welche Rolle die Medien bei der Veränderung des Parteiensystems spielen und wie sie mit diesen Veränderungen umgehen. Die Etablierung einer neuen politischen Kraft stellt eine Herausforderung für die Medien dar: Die Partei muss eingeordnet, Informationen müssen recherchiert und neue Kontakte geknüpft werden. Dies kann zum einen bedeuten, dass die Medien ein Interesse an der Erhaltung des Status quo haben und für Veränderungen weniger aufgeschlossen sind, da sie für sie mit Anstrengungen verbunden sind. Auf der anderen Seite sind Veränderungen für die Medien von besonderem Interesse, da sie neue Informationen für die Berichterstattung versprechen.

In jedem Fall spielen die Massenmedien für den Erfolg kleiner Parteien eine zentrale Rolle. Denn diese sind zur erfolgreichen Vermittlung ihrer Ziele und ihrer politischen Vorstellungen in weitaus höherem Maße als die etablierten Parteien auf das Wohlwollen der Massenmedien angewiesen (vgl. Knoche und Lindgens 1993, S. 743; Jandura 2007a, S. 32). Sorgen die Medien doch dafür, dass Informationen von und über Parteien einem breiten Publikum zugänglich sind, und ermöglichen so Orientierung für die Rezipienten. Versucht eine neue Partei, sich auf bundespolitischer Ebene zu etablieren, können die Medien dementsprechend unterstützend oder hemmend wirken. Dies ließ sich bereits bei der Entwicklung der Grünen beobachten: Die Partei wurde zu Beginn nicht nur von ihren Gegnern abgelehnt, sondern auch von den Medien (vgl. Knoche et al. 1992). Mit „Parlamentarisierung“ und Professionalisierung der Grünen änderten sich jedoch die themati-

schen Schwerpunkte und die Bewertung der Partei in der Berichterstattung (vgl. Knoche und Lindgens 1990). Mit der Etablierung auf der Bundesebene, durchläuft nun auch „Die Linke“ diesen Prozess. Die grundlegende Frage ist, wie sich die Medien gegenüber der neuen Partei verhalten.

Am deutlichsten wird die Position einzelner Medien dort, wo sie ein „ausdrückliches Mandat zur öffentlichen Meinungsäußerung“ (Eilders 2000, S. 154) haben: im Kommentar. Hier finden explizite Stellungnahmen zu Themen und Akteuren statt. Aus diesem Grund untersucht die vorliegende Studie mit einer quantitativen Inhaltsanalyse die Darstellung der Linken in Leitartikeln und Kommentaren dreier überregionaler deutscher Zeitungen (*FAZ*, *SZ* und *taz*). Um die Entwicklung im Zeitverlauf abbilden zu können, sind Artikel von Anfang Juni 2005 bis Ende Mai 2009 Gegenstand der Analyse.

2 Entwicklung der Partei „Die Linke“

Seit der Wiedervereinigung Deutschlands hat die ehemalige Staatspartei der DDR-Diktatur in den 1990er Jahren als PDS eine erstaunliche Entwicklung zu einer demokratischen Partei am linken Rand des politischen Spektrums vollzogen (vgl. Bortfeldt 1992, S. 195). Die Herausforderungen waren dabei immens: Die Partei musste sich auf ein vereinigt demokratisches Deutschland einstellen, ein Prozess, der umso schwieriger war, als sich der Großteil ihrer Mitglieder aus den Altkadern der DDR-Elite zusammensetzte. Auch der Umgang mit der eigenen Vergangenheit war (und ist) eine Herausforderung für die Partei (vgl. Bergsdorf 2008).

Inhaltlich vertrat die Partei zu Beginn aktiv die Interessen der Ostdeutschen. Aus diesem Grund vermuteten viele politische Beobachter, dass es sich bei dem Erfolg der PDS um einen durch die Wiedervereinigung bedingten Sonderfall und somit um ein kurzlebige Phänomen handele (vgl. Sarcinelli 1997, S. 37). So wurde die PDS von den etablierten Parteien zunächst ignoriert.

Dies änderte sich erst durch die Zusammenarbeit der PDS mit der WASG, die 2004 als Protestbewegung gegen die „Agenda 2000“-Politik der rot-grünen Bundesregierung entstanden war. Das neue Bündnis war erfolgreich und erzielte mit 8,7% bei der Bundestagswahl 2005 ein gutes Ergebnis. Zwei Jahre später schlossen sich PDS und WASG zur Partei „Die Linke“ zusammen, die bei der Bundestagswahl 2009 schon auf 11,9% kam. Damit wurde deutlich, dass es sich um eine stabilere Entwicklung handelte als zunächst von vielen angenommen – die neue Partei konnte nicht mehr ignoriert werden. Um ihren eigenen Status zu sichern, versuchten die etablierten Parteien nun der Linken die Regierungsfähigkeit abzuspüren, beispielsweise durch Verweise auf die zweifelhafte DDR-Vergangenheit oder Kritik an den beteiligten Akteuren. Zu vermuten ist jedoch, dass sich dieses Bild nach und nach normalisieren und Die Linke sich als weitere kleine Partei neben den Grünen und der FDP auch in der öffentlichen Wahrnehmung etablieren wird.

3 Welche Einflussfaktoren bestimmen die Kommentierung?

Sowohl Leitartikel als auch Kommentare bewerten tagesaktuelles politisches Geschehen und machen auf Probleme aufmerksam, die noch nicht Gegenstand der Berichterstattung sind. Sie ermöglichen die Reflexion eines Problems auf der Metaebene. Im Vordergrund steht folglich nicht mehr die Nachricht selbst, sondern es werden Hintergründe, Bedeutungen und Folgen betont (vgl. Neidhardt et al. 2004, S. 15). Dabei bestimmen verschiedene Einflussfaktoren sowohl die Themen der Kommentierung als auch deren inhaltliche Ausgestaltung. Nach bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen lassen sich die Chancen kleiner Parteien, Gegenstand eines Kommentars zu werden, unterschiedlich einschätzen:

Die Nachrichtenfaktoren gelten als ein medienübergreifendes Regelsystem für die journalistische Nachrichtenproduktion (vgl. Galtung und Ruge 1965; Östgaard 1965; Staab 1990; Schulz 1990). Eilders et al. (2004) finden einen Zusammenhang zwischen Nachrichten- und Kommentarfaktoren, der sich darin äußert, dass Kommentarthemen meist auch im Nachrichtenteil zum Beispiel durch Titelgröße, Platzierung oder Artikelumfang herausgehoben sind. Die Nachrichtenwerttheorie legt zum einen nahe, dass die Orientierung der Medien am Neuen und Spektakulären, die man mit Nachrichtenfaktoren wie Überraschung und Variation beschreiben kann (vgl. Galtung und Ruge 1965), dazu führt, dass neue politische Akteure einen besonderen Stellenwert in der Berichterstattung haben (vgl. Ronneberger 1989, S. 151). Auch besonders konfliktbereite Gruppen scheinen durch die Orientierung der Medien an Faktoren wie Streit, Konflikt oder Skandale gute Zugangschancen zu haben (vgl. Lüter 2008, S. 216; Schulz 1987). Kepplinger (1989, S. 70) vermutet darüber hinaus, dass Journalisten eine besondere Affinität für Minderheiten haben und diese deswegen bevorzugen. Dies spricht dafür, dass Die Linke als kleine, neue Partei in der Kommentierung präsent sein müsste. Die Wichtigkeit von Faktoren wie Streit oder Skandal deutet jedoch darauf hin, dass die Darstellung der Linkspartei in den Kommentaren nicht unbedingt positiv sein muss, sondern im Gegenteil eher Konflikte und Skandale im Zusammenhang mit der Partei und ihrem Personal dargestellt werden.

Weiterhin lässt die Orientierung an politischen Eliten, an Bedeutsamkeit und an Faktizität vermuten, dass kleinere Parteien ohne Regierungsverantwortung in der Medienberichterstattung eher unterrepräsentiert sind. Roemheld (1982) unterstellt den Medien in diesem Zusammenhang eine Strategie der Minorisierung: Die Medien unterstützen die etablierten Parteien in ihrem Bemühen, die eigene Machtposition abzusichern und neue unerwünschte Konkurrenz klein zu halten. Das führt dazu, dass sie über alternative Parteien gar nicht oder negativ berichten (vgl. auch Knoche 1999). Generell ist zu vermuten, dass die Berichterstattung über kleine Parteien – wegen ihrer weniger ausgeprägten Relevanz und der schwachen Etablierung im Parteiensystem – eher ereignisorientiert ist (vgl. Schulz 1987).

Neben den Nachrichtenfaktoren als übergreifende Selektionsmuster folgen Redaktionen einer bestimmten politischen Werthaltung: der redaktionellen Linie (vgl. Schönbach 1977, S. 131; Voltmer 1997, S. 159). Sie dient als Entscheidungsprogramm, welche Aspekte von einer Redaktion als besonders wichtig erachtet werden bzw. welche politische Grundhaltung vertreten wird. Die redaktionelle Linie dürfte besonderen Einfluss auf Leitartikel und Kommentare haben, denn hier äußert eine Redaktion Meinungen und stellt

Fakten in einen bewertenden Kontext. Die redaktionellen Linien der deutschen, überregionalen Zeitungen lassen sich mit der politischen Links-Rechts-Dimensionierung bestimmen. Diese folgt der parlamentarischen Verankerung der Parteien im politischen System. So wird die *taz* dem ausgeprägt linken Pol zugeordnet, die *SZ* gilt als gemäßigt links und die *FAZ* als gemäßigt rechts (vgl. Donsbach et al. 1996; Voltmer 1997; Keplinger 1998; Eilders 2004). Es zeigt sich aber auch, dass es beim Blick auf themenspezifische Konflikte Abweichungen von den redaktionellen Linien geben kann (vgl. Lüter 2004, S. 191; Eilders 2004, S. 162).

Entsprechend ist anzunehmen, dass sich die Zeitungen sowohl in der Häufigkeit als auch in der Bewertung der Linken unterscheiden. Da diese Partei am linken Rand des parlamentarischen Spektrums anzusiedeln ist, dürften die *taz* und die *Süddeutsche Zeitung* häufiger und positiver über die Partei berichten, während von der *FAZ* eine eher kritische Haltung zu erwarten ist.

4 Die Auseinandersetzung mit kleinen Parteien in den Massenmedien

Bisherige Studien zur medialen Berichterstattung über neue bzw. kleine Parteien geben einige Hinweise darauf, dass es für diese tatsächlich schwerer ist, mediale Präsenz zu erreichen (vgl. Langenbacher und Ueckermann 1985). Von der Forschergruppe um Knoche und Lindgens (vgl. Knoche 1999; Knoche und Lindgens 1990; Knoche und Lindgens 1993; Knoche et al. 1992) liegen einige Studien zur Berichterstattung über die Grünen im Zeitverlauf vor. Sie identifizieren für einen Zeitraum von zwölf Jahren (1980–1993) insgesamt sechs Phasen der Berichterstattung (vgl. Knoche und Lindgens 1993, S. 762–764): In Phase 1 (1980–1983) sind die Grünen im Bundestag nicht vertreten und werden sowohl von den Parteien als auch von den Medien nicht beachtet. Ihr Einzug in den Bundestag 1983 führt dazu, dass sie zunehmend beachtet, aber noch nicht ernst genommen werden (Phase 2). Die Journalisten nutzen den Neuigkeitswert und berichten ereignisbezogen über die Partei. In Übereinstimmung mit den etablierten Parteien verbreiten die Medien in dieser Phase die Ansicht, bei den Grünen handle es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung. In Phase 3 (1985–1987) wird zunehmend erkannt, dass sich die Grünen zu einem Machtfaktor entwickeln könnten. Darauf reagieren die etablierten Parteien mit Angriffsstrategien (z. B. indem sie die Politikfähigkeit der Grünen in Frage stellen). In den Medien wird die Partei als „Ein-Themen-Partei“ im Gegensatz zu einer „richtigen“ Partei dargestellt. Die politischen Inhalte der Grünen sind in der Darstellung unterrepräsentiert, es dominiert die Thematisierung politischer Prozesse (*politics*). Von 1987 bis 1989 entwickeln sich die Grünen zu einer ernst zu nehmenden Parlamentspartei. Dies führt dazu, dass die alten Parteien beginnen, die Themen der Grünen auch in ihr Programm aufzunehmen, was sich auch in der Berichterstattung zeigt. In Phase 5 und 6 erreicht die Partei nur eine geringe Publizität in den Medien (1989–1993). Eine besondere Problematik ergibt sich für die Grünen zu der Zeit auch durch den geringen Erfolg ihrer Pressearbeit. Die „Determinationsquote“, die angibt, wie oft es gelingt, mit Pressemitteilungen Berichte auszulösen, liegt bei einem niedrigen Wert von 20 % (vgl. Knoche und Lindgens 1990, S. 584).

Für die PDS stellt Eilders (2000) fest, dass es – anders als bei den Grünen – trotz zunehmender Etablierung der Partei im Zeitverlauf weder eine Veränderung der Medienpräsenz noch ihrer Bewertung gab. In Bezug auf die redaktionelle Linie gibt es keinen Zusammenhang mit der Nennung, wohl aber mit der Bewertung der Partei (S. 160). Bei der thematischen Einordnung der PDS zeigte sich ein relatives Übergewicht des „Politics“-Themenblocks, also der Thematisierung politischer Prozesse. Auch dies verändert sich nicht über die Zeit. Eilders vermutet allerdings, dass eine mediale Etablierung ausgehend von den eher linken Tageszeitungen erfolge (S. 164). Sie erwartet zudem, dass die politische Etablierung der Partei Voraussetzung für eine positivere Berichterstattung sei. Lüter (2004) ermittelt in Bezug auf die Nennung der Partei Häufigkeiten, die quer zum Links-Rechts-Spektrum verlaufen. So wird die PDS besonders häufig von der *taz* und von der *FAZ* angesprochen und zudem überproportional häufig in Relation zu ihrer politischen Bedeutung. Bei der Bewertung zeigt sich für alle Zeitungen, aber vor allem in den konservativen Blättern, eine stark negative Haltung zur PDS (vgl. Lüter 2004, S. 181).

Jandura (2007b) untersucht unter anderem die Darstellung der PDS in der Medienberichterstattung zu den Bundestagswahlkämpfen 1998 und 2002. Er fand heraus, dass die Medien über die PDS seltener als über andere Kleinparteien berichteten. Die *FAZ* thematisierte in beiden Wahlkämpfen im Vergleich zu den anderen Zeitungen die PDS am häufigsten, in den Fernsehnachrichten hatte sie jedoch die geringste Präsenz aller Parteien. Die Berichterstattung geht in beiden Fällen mit einer sehr kritischen Haltung zur PDS einher. Thematisch sind Vorgänge wie der Wahlkampf (*politics*) für die Medien interessanter als politische Sachthemen (*policy*).

Diese Ergebnisse machen mehrere Phänomene deutlich: Kleine bzw. neue Parteien sind häufig in den Medien unterrepräsentiert. Es gelingt ihnen auch schwerlich, sich durch eigene Medienarbeit in der Berichterstattung zu profilieren. Ihr mediales Abbild erscheint eher simplifiziert, häufig werden sie als „Ein-Themen-Parteien“ dargestellt, oder die Journalisten befassen sich einseitig mit Aspekten des politischen Prozesses. Im Vordergrund steht die Politik- und Koalitionsfähigkeit, und beides wird in der Regel angezweifelt.

5 Forschungsfragen

Im Zentrum der vorliegenden Studie steht die Frage, wie die Partei Die Linke in Zeitungskommentaren dargestellt wird.

Obwohl das Neue und Ungewöhnliche für die Medien prinzipiell Nachrichtenwert besitzt (vgl. Abschn. 3), hat das Beispiel der Grünen gezeigt, dass gegenüber der neuen Kleinpartei zunächst eine Strategie der Minorisierung – sowohl von den etablierten Parteien als auch von den Medien – angewendet wurde (vgl. Knoche 1999; Knoche und Lindgens 1993). Dies äußerte sich zum einen darin, dass die Partei in der medialen Berichterstattung unterrepräsentiert war. Dieses Phänomen zeigt Jandura (2007a) auch für die PDS. Zudem ist anzunehmen, dass die Berichterstattung über die PDS bzw. Die Linke, da sie zunächst im deutschen Parteiensystem noch nicht etabliert war, zu Beginn auf Einzelereignisse beschränkt blieb (vgl. Schulz 1987). Mit zunehmender Etablierung der Partei müsste diese Ereigniszentrierung abnehmen und sich eine kontinuierliche

Kommentierung feststellen lassen. Dem stehen die Ergebnisse von Eilders (2000) entgegen, die in ihrer Studie keine Veränderung der Medienpräsenz der PDS im Zeitverlauf feststellen kann. Ihre Studie entstand jedoch vor dem Zusammenschluss von PDS und WASG und der Etablierung der Linken auf Bundesebene. Da dieses Ereignis für den andauernden Erfolg der neuen Partei ausschlaggebend war, ist es von Interesse zu untersuchen, inwieweit sich dies auch in der Quantität der Kommentierung widerspiegelt. Die redaktionellen Linien der Zeitungen lassen vermuten, dass sich dabei Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungen feststellen lassen. So scheint es logisch, dass sich die Zeitungen, die laut redaktioneller Linie der politischen Position der Linken nahestehen, auch häufiger mit ihr auseinandersetzen. Entsprechend beziehen sich die ersten Forschungsfragen auf die Quantität der Kommentierung:

FF 1.1: Wie häufig ist Die Linke Gegenstand der Kommentierung?

FF 1.2: Lassen sich hinsichtlich der Quantität Veränderungen im Zeitverlauf feststellen?

FF 1.3: Lassen sich hinsichtlich der Quantität Unterschiede zwischen den Zeitungen feststellen?

Der Schwerpunkt der vorliegenden Studie liegt jedoch auf den Inhalten der Kommentare. Laut der Nachrichtenwerttheorie ist anzunehmen, dass für die Kommentatoren der einzelnen Zeitungen besonders negative Aspekte oder Konflikte innerhalb der Partei von Interesse sind (vgl. Abschn. 3). Auch hier wäre zu vermuten, dass sich dies im Zeitverlauf normalisiert und die negativ zentrierte Kommentierung abnimmt. Eilders (2000) stellt jedoch für die PDS keine Veränderung der Bewertung im Zeitverlauf fest.

Eine Marginalisierungs- und Minorisierungsstrategie zeigt sich darin, dass die Medien die Partei eher mit politischen Prozessen als mit Sachthemen in Verbindung bringen. Dies konnten sowohl Eilders (2000) als auch Jandura (2007b) für die PDS bestätigen. So konzentrieren sich Journalisten gerne auf innerparteiliche Streitereien und angeblich mangelnde Politikfähigkeit.

Aufgrund der redaktionellen Linie der Zeitungen kann vermutet werden, dass sich die einzelnen Zeitungen sowohl in den Inhalten ihrer Kommentare als auch in der Bewertung der Linken unterscheiden. Lüter (2004) kommt zwar zu dem Ergebnis, dass alle Zeitungen negativ über die PDS berichten. Auch dies könnte sich jedoch mit dem Zusammenschluss der PDS und der WASG verändert haben.

Der zweite Teil der Forschungsfragen bezieht sich somit auf die inhaltliche Struktur der Kommentierung:

FF 2.1: Mit welchen inhaltlichen Aspekten wird Die Linke in den Kommentaren verknüpft?

FF 2.2: Lassen sich hinsichtlich der inhaltlichen Strukturen Veränderungen im Zeitverlauf feststellen?

FF 2.3: Lassen sich hinsichtlich der inhaltlichen Strukturen Unterschiede zwischen den Zeitungen feststellen?

6 Methode

Kommentare und Leitartikel vom 1. Juni 2005 bis zum 31. Mai 2009 sind Gegenstand einer quantitativen Inhaltsanalyse. Der gewählte Zeitraum schließt Kooperationsverhandlungen und Fusion von WASG und PDS ein und endet vor der Bundestagswahl 2009. Entnommen sind die Beiträge drei überregionalen Tageszeitungen: der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)*, der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* und der *tageszeitung (taz)*. Diese Blätter bilden das parlamentarische Spektrum von rechts nach links ab. In die Analyse gingen alle Ausgaben der drei Zeitungen im Untersuchungszeitraum ein. Aufgenommen wurden alle Meinungsbeiträge (Kommentare und Leitartikel) mit Bezug auf Die Linke, die WASG und die Linkspartei.PDS.¹ Als Aufgreifkriterium galten die Parteinamen Linke, Linkspartei, PDS oder WASG oder der Namen der Parteivorsitzenden Lafontaine, Gysi oder Bisky in Titel, Untertitel oder den ersten drei Sätzen des Dokuments. Stellte sich bei der Codierung heraus, dass ein Artikel trotz Erfüllung des Aufgreifkriteriums keine Argumente zur Linken enthält, wurde er aus der Analyse ausgeschlossen. Die Stichprobe bestand schließlich aus 279 Meinungsbeiträgen. Davon entfallen 43 % auf die *FAZ*, 35 % auf die *taz* und 22 % auf die *Süddeutsche Zeitung*.

Die Codierung der Meinungsbeiträge erfolgte auf zwei Ebenen: Die formalen Variablen (wie Datum, Zeitung, Umfang) sowie das Hauptthema des Beitrags wurden auf Artikelbene erfasst. Um den inhaltlichen Diskurs abbilden zu können, galt das Augenmerk anschließend der Argumentebene. Hier erhoben wir die Inhalte der einzelnen Argumente mit Bezug zur Linken. Um die für diese Studie relevanten Argumente zu identifizieren, untersuchten wir zunächst mit einer qualitativen Vorstudie eine Stichprobe des Materials. Die so gewonnenen Argumentgegenstände wurden zu inhaltlichen Kategorien zusammengefasst und ins Codebuch übernommen (z. B. Kompetenz in bestimmten Sachfragen, innerparteiliche Strukturen/Konflikte, Regierungsfähigkeit/Fähigkeit als Oppositionspartei, Vergangenheitsarbeit, Demokratietauglichkeit usw.). Für jedes Argument wurde zusätzlich codiert, ob es eine negative, neutrale oder positive Wertung enthält.

Ein Realibilitätstest mit fünf zufällig ausgewählten Artikeln ergab bei der Identifikation der Argumente pro Artikel eine Reliabilität von 0,87. Für die Variable Hauptthema des Artikels betrug sie $R_{\text{Holsti}} = 0,87$. Auf Argumentebene ergab sich ein Wert von $R_{\text{Holsti}} = 0,80$.

7 Ergebnisse

Der erste Block der Forschungsfragen bezieht sich auf die Quantität der Kommentierung der Linken. Bei einer rein deskriptiven Betrachtung fällt zunächst auf, dass die *FAZ* Die Linke in ihren Meinungsbeiträgen am häufigsten thematisiert (43 %), gefolgt von der *taz* (35 %) und der *Süddeutschen Zeitung* (22 %). Betrachtet man jedoch den durchschnittlichen Umfang (in Wörtern) und die Argumentzahl der Meinungsbeiträge in den einzelnen Zeitungen, relativiert sich dieses Bild (Tab. 1). Es wird deutlich, dass die *taz* nach

¹ Quellen bildeten die Online-Archive der einzelnen Zeitungen (<http://www.taz.de/digitaz/archiv/suche>; <http://faz-archiv.faz.net/intranet/biblionet/>; <http://librarynet.szarchiv.de>).

Tab. 1: Durchschnittlicher Umfang (Zahl der Wörter) und Argumentzahl

	Umfang* M (SD)	Argumentzahl** M (SD)
taz	454 (273)	9 (7)
FAZ	347 (234)	6 (7)
SZ	312 (195)	6 (5)

Basis: $N=279$ Meinungsbeiträge

* $F(2/276)=8,14, p<0,00$

** $F(2/276)=4,96, p<0,05$

Umfang und Argumentzahl die intensivste bzw. am breitesten gefächerte Kommentierung der Linken vornimmt. In beiden Fällen unterscheidet sie sich signifikant ($p<0,05$) von den anderen Zeitungen. Diese intensive Auseinandersetzung mit dem Thema lässt sich mit der links ausgerichteten redaktionellen Linie der *tageszeitung* erklären. Dem entgegen steht die ebenfalls recht hohe Beschäftigung der *FAZ* mit dem Thema. Es scheint jedoch plausibel, dass die *FAZ* aufgrund ihrer Positionierung dem Nachrichtenfaktoren-Komplex Streit/Konflikte/Skandale eine hohe Bedeutung zumisst und den Gegenstand „Die Linke“ aus diesem Grund häufiger selektiert. Dies muss nicht unbedingt auch eine breitere Auseinandersetzung beinhalten.

Betrachtet man die Kommentierungshäufigkeit im Zeitverlauf, ist zu sehen, dass der Mediendiskurs im Sommer 2005 mit einer Phase hoher Aktivität beginnt (Abb. 1). Maßgeblich für die Vielzahl an Meinungsbeiträgen zu Beginn sind zwei Ereignisse: Am 24. Mai

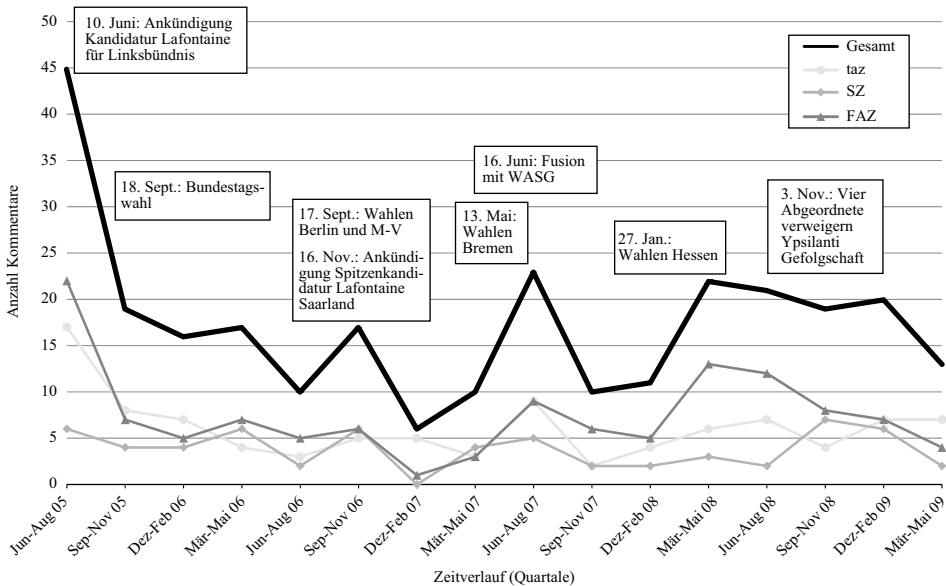


Abb. 1: Kommentierungshäufigkeit im Zeitverlauf

verkündet Oskar Lafontaine seinen Austritt aus der SPD, am 10. Juni folgt die öffentliche Ankündigung seiner Kandidatur für ein Linksbündnis. Diese hohe Aufmerksamkeit lässt sich zum einen mit der Prominenz und dem Einfluss Lafontaines erklären. Zum anderen kommt sein Austritt aus der SPD trotz vorheriger Unstimmigkeiten überraschend. Dass es sich dabei um ein konflikt- und skandalträchtiges Ereignis handelt, erhöht die Attraktivität für die Medien zusätzlich. In der nachfolgenden Zeit nimmt das mediale Interesse ab, lediglich bestimmte Einzelereignisse führen zu weiteren kleinen Höhepunkten in der Kommentierungshäufigkeit. Entgegen der vorab formulierten Annahmen lässt sich in der Kommentierungshäufigkeit insgesamt ein leichter Abwärtstrend erkennen.

Bei einem Vergleich der Zeitungen im Zeitverlauf zeigen sich die deutlichsten Unterschiede zu Beginn und im Quartal März bis Mai 2008. Die Zeitungen reagieren zu diesen Zeitpunkten unterschiedlich auf den Parteiwechsel Lafontaines und die Wahlen bzw. deren Folgen in Hessen. Die intensive Beschäftigung der *FAZ* mit dem Linksbündnis lässt sich vermutlich zum einen mit dem Publikationswert interner Konflikte erklären. Zum anderen kommentiert die *FAZ* wahrscheinlich aufgrund des Nachrichtenfaktors Nähe besonders häufig während und nach den hessischen Wahlen, da sie in Hessen ihren Sitz hat.

Insgesamt wird eine starke Ereignisorientierung der Kommentierung deutlich. Die Nachrichtenfaktoren beeinflussen sie augenscheinlich. Zudem kann mit Blick auf die Kommentierungshäufigkeit nicht von einer Etablierung der Partei in den Kommentaren gesprochen werden.

Der zweite Block der Forschungsfragen bezieht sich auf den Inhalt der Kommentierung. Dazu wird zunächst auf Articlebene das Hauptthema des Kommentars betrachtet (Abb. 2). Es zeigt sich, dass sich die Meinungsbeiträge in überwiegender Zahl auf *Politics*-Themen (politische Prozesse) beziehen, während *Policies* (Sachthemen) und *Politics*

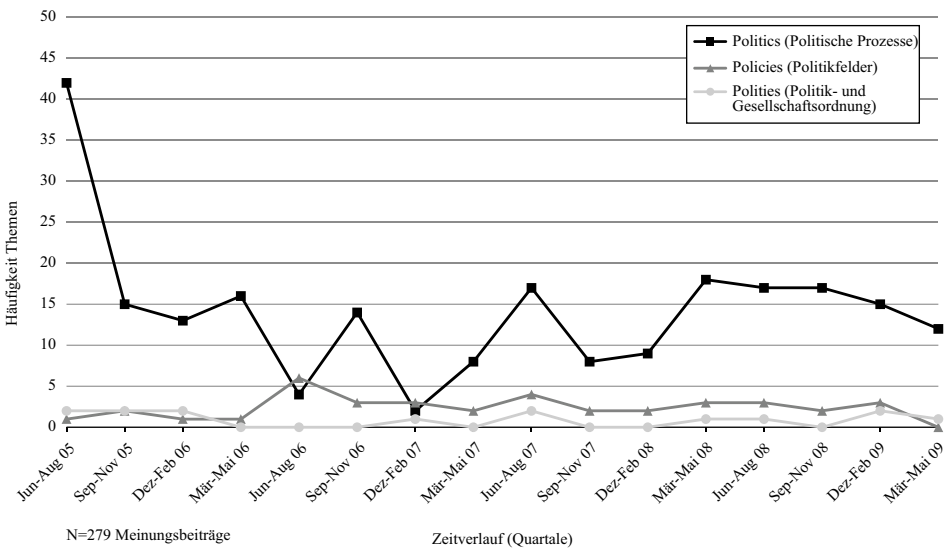


Abb. 2: Themen der Kommentierung im Zeitverlauf

(Politik- und Gesellschaftsordnung) nur eine untergeordnete Rolle spielen. Sachthemen werden nur in weniger aufgeregten, ereignisarmen Phasen häufiger zur Sprache gebracht. In der Verteilung dieser Themen ergeben sich keine bedeutenden Unterschiede zwischen den Zeitungen. Die Verteilung der Themen bestätigt somit die Ergebnisse, die auch Eilders (2000), Lüter (2004) und Jandura (2007b) vorgelegt haben.

Hinsichtlich der Bewertung der Linken ist festzustellen, dass diese beinahe über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg negativ bleibt (Abb. 3). Insgesamt lässt sich jedoch eine leicht positive Tendenz erkennen. Die *SZ* weist einen Bewertungsmittelwert von $-0,5$ auf, im Vergleich zu $-0,4$ bei der *FAZ* und $-0,2$ bei der *taz*. Die *taz* unterscheidet sich dabei signifikant ($p < 0,000$) von den anderen beiden Zeitungen ($F(2/276) = 7,15$, $p < 0,001$). Angesichts der zu erkennenden Bewertungstendenzen erscheint eine Etablierung der Partei von den eher links positionierten Zeitungen aus möglich (vgl. Eilders 2000).

Als nächstes wird analysiert, in welchen inhaltlichen Kontext Die Linke in den Meinungsbeiträgen rückt. Um argumentative Muster aufzudecken, wird eine Faktorenanalyse mit den Argumentgegenständen durchgeführt. Es lassen sich insgesamt fünf Faktoren identifizieren, zwei Argumentgegenstände sind keinem Faktor zuzurechnen und bleiben isoliert erhalten (Tab. 2).

Vergleicht man nun die Ausprägung dieser Argumentationsmuster in den einzelnen Zeitungen (Abb. 4), zeigt sich, dass die Außenwirkung sowie die interne Funktionsfähigkeit der Linken überdurchschnittlich häufig von der *taz* diskutiert wird – während diese Aspekte vor allem für die *FAZ* nur eine untergeordnete Rolle spielen. Die Frage, ob ein linkes Parteiprojekt funktionieren kann, scheint also mit zunehmendem Abstand der Zeitungen von der Partei unwichtiger zu werden. Aspekte der Vertrauenswürdigkeit und Kompatibilität mit dem deutschen Parteiensystem werden von der *taz* im Gegenzug

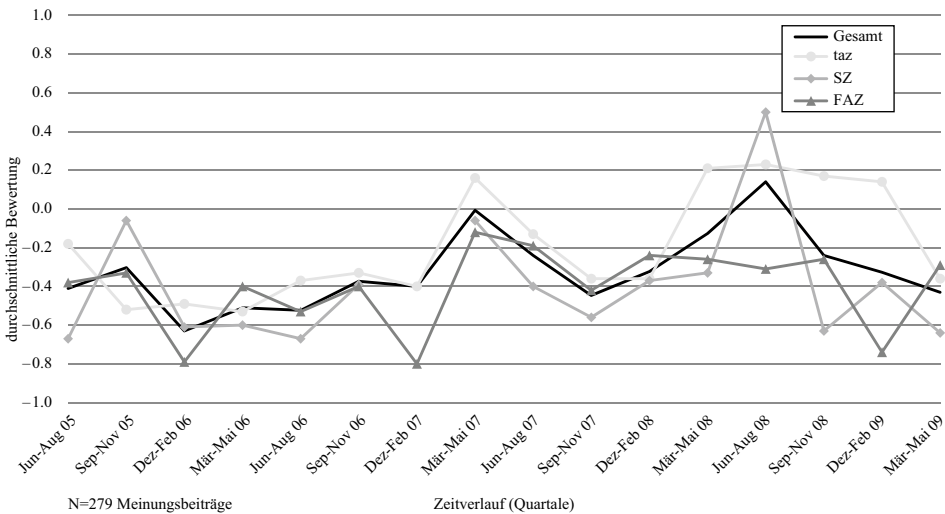


Abb. 3: Bewertung der Argumentgegenstände im Zeitverlauf

Tab. 2: Faktorenanalyse der Argumentgegenstände

Faktoren	Argumentgegenstand	Ladung	Erklärte Varianz in %
Außenwirkung	Alleinstellungsmerkmal	0,758	18
	Rhetorik	0,738	
	Verankerung in Politik und Gesellschaft	0,694	
Interne Funktionsfähigkeit	Debattenkultur	0,832	10
	Machtstruktur	0,695	
	Zukunftsfähigkeit	0,585	
Vertrauenswürdigkeit	Glaubwürdigkeit/Verlässlichkeit	0,729	8
	Machtwille	0,688	
	Erfolg	0,520	
Weltanschauung	Verständnis polit./gesell. Zusammenhänge	0,693	8
	Vergangenheitsarbeit	0,685	
	Problemlösungsfähigkeit	0,597	
Wirkung auf andere Parteien	Wirkung auf andere Parteien	0,814	7
Wirkung auf pol. Prozesse	Wirkung auf politische Prozesse	0,868	7
Kompatibilität mit dem deutschen Politiksystem	Demokratietauglichkeit	0,752	6
	Fähigkeit als Regierungspartei	0,706	

$N=279$ Meinungsbeiträge

Hauptkomponentenmatrix mit Varimax-Rotation, Darstellung: rotierte Lösung; KMO=0,67, Bartlett-Test $p \leq 0,000$, erklärte Gesamtvarianz=63 %, Extraktion nach Kaiser-Kriterium

Faktorladungen mit Betrag $< 0,50$ in der Darstellung unterdrückt

Ausgeschlossen „Parteiprogramm“ und „Zusammensetzung der Partei“

kaum aufgegriffen – diese sind für die anderen beiden Zeitungen wichtiger. Das könnte ein Indiz dafür sein, dass die *taz* aufgrund ihrer politischen Nähe zu den linken Parteien Vertrauenswürdigkeit und Kompatibilität eher als gegeben ansieht, während die *SZ* und die *FAZ* hier mehr nachfragen. Analysiert man jedoch den Einfluss der einzelnen Argumentationsmuster auf die Bewertung, zeigt sich, dass bei der *taz* Vertrauenswürdigkeit ($r=-0,21, p<0,05$) und Weltanschauung ($r=-0,22, p<0,05$) negativ mit der Bewertung korrelieren. In den seltenen Fällen, in denen die *taz* die Vertrauenswürdigkeit der Linken thematisiert, geschieht dies also auf eine negative Art und Weise. Ebenso kritisiert sie die Weltanschauung der Linken. Bei der *FAZ* zeigt sich ein positiver Zusammenhang zwischen der Wirkung auf politische Prozesse und der Bewertung ($r=0,24, p<0,05$). Dieses Muster wird von der *FAZ* jedoch kaum verwendet. Bei der *SZ* zeigen sich keine signifikanten Zusammenhänge.

In Bezug auf die Argumentation der Zeitungen ist insgesamt festzuhalten, dass die *taz* sich von den anderen beiden Zeitungen deutlich unterscheidet. Sie ist eher am Projekt selbst interessiert und versucht, dieses den Lesern nahezubringen. Die *SZ* und die *FAZ* hingegen analysieren grundsätzlicher, ob Die Linke bzw. ihre Vorgängerparteien ernst zu nehmen sind.

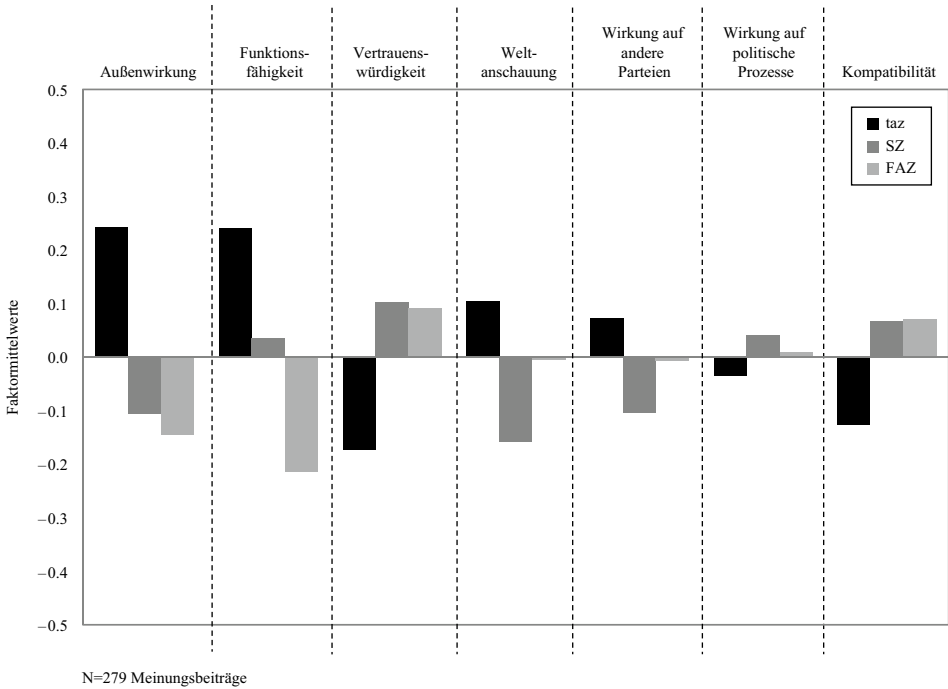


Abb. 4: Argumentationsmuster der einzelnen Zeitungen

8 Diskussion

Die Linke spricht in einer ihrer Pressemitteilungen von einer Strategieanpassung der Zeitungen im Umgang mit der Partei, unterteilt in drei Stufen: „Erstens: ignorieren, zweitens: diffamieren, drittens: umarmen“ (Die Linke 2008). Von einer solchen Entwicklung kann bei den Zeitungen im Untersuchungszeitraum kaum die Rede sein. Wie diese Studie zeigt, hat es seit den letzten Arbeiten von Eilders (2000), Lüter (2004) und Jandura (2007b) keine gravierenden Änderungen in der Kommentierung und Bewertung von Linkspartei bzw. PDS gegeben.

So lässt sich zum einen keine Zunahme in der Kommentierungshäufigkeit feststellen. Wie die Grünen in den achtziger Jahren hat es auch Die Linke schwer, ihren Anteil am politischen Diskurs in den Tageszeitungen zu erhöhen. Lediglich dann, wenn Die Linke zum Mehrheitsbeschaffer, also zum Machtfaktor, werden kann (ebenso wie bei den Grünen in der Zeit von 1985 bis 1987), erhöht sich auch die Anzahl der Kommentare. Insgesamt greift die FAZ das Thema am häufigsten auf, setzt sich dann jedoch argumentativ weniger ausführlich mit der Partei auseinander. Wie frühere Studien ermittelten auch wir hauptsächlich *Policy*-Aspekte, Sachthemen spielen keine große Rolle.

Die Auswahl von Themen für die Kommentare orientiert sich wie die übrige Berichterstattung an Nachrichtenfaktoren (vgl. auch Eilders et al. 2004). Besonders der Komplex Streit/Konflikt/Skandale sowie die Orientierung an politischen Eliten scheinen die

Kommentaragenda zu beeinflussen, was sich im vorliegenden Fall aber eher zum Nachteil der Linken auswirkt.

Argumentationslinien und Bewertung des Kommentargegenstands machen die Kommentierung einer Zeitung ihrer redaktionellen Linie entsprechend einzigartig. In dieser Studie lässt sich aber auch eine Abweichung von der redaktionellen Linie feststellen. Die Partei wird von allen Zeitungen negativ bewertet, besonders negativ von *SZ* und *FAZ*, wobei die *SZ* hier der *FAZ* näher ist als ihre redaktionelle Linie (vgl. Schönbach 1977; Voltmer 1997) vermuten lassen würde. Im Hinblick auf Unterschiede zwischen den Zeitungen lassen sich drei Grundpositionen ausmachen: Die *taz* bewertet das Gesamtprojekt „Die Linke“ am besten, sie diskutiert vor allem die Außenwirkung der Partei sowie ihre interne Funktionsfähigkeit, während die Vertrauenswürdigkeit oder auch die Kompatibilität mit dem deutschen Politiksystem weniger häufig thematisiert werden. Wenn sie jedoch die Vertrauenswürdigkeit anspricht, dann geht dies mit einer negativen Bewertung einher. Daraus lässt sich ableiten, dass die *taz* der Partei grundsätzlich Chancen einräumt, aber Glaubwürdigkeit und Weltanschauung durchaus kritisch betrachtet. Die *FAZ* hingegen sieht Die Linke als „Feind“. Sie bewertet die Partei negativ und kämpft aktiv gegen das Projekt. Im Vordergrund stehen hier die Diskussion der Vertrauenswürdigkeit und der Kompatibilität. Die *FAZ* verfolgt eine Marginalisierungsstrategie, die sich jedoch nicht in Ignoranz, sondern in einer Diffamierung der Partei ausdrückt. Sie räumt ihr allerdings eine positive Wirkung auf politische Prozesse ein. Die *SZ* befindet sich zwischen den beiden anderen Zeitungen. Auch sie steht der Linken eher ablehnend gegenüber, diskutiert die negativen Aspekte jedoch nicht so leidenschaftlich wie die *FAZ*. Ihre Marginalisierungsstrategie lässt sich eher darin ausmachen, dass sie die Partei ignoriert. Diese Haltungen bilden annähernd die redaktionellen Linien bzw. Positionen der Blätter im Links-Rechts-Spektrum ab: Die Zeitung, die der Partei ideologisch am nächsten ist – die *taz* –, bewertet diese insgesamt auch am besten. Ideologisch am weitesten entfernt ist die *FAZ*, dies drückt sich in der negativsten Haltung aus. Die *SZ* erscheint bei der Beurteilung der Linken, im Vergleich zu ihrer allgemeinen Positionierung im Links-Rechts-Spektrum, ein wenig nach rechts gerückt.

Eine Erklärung für die ablehnende Haltung der *Süddeutschen Zeitung* könnte sein, dass sie in ihrer redaktionellen Linie eher der SPD nahesteht und Die Linke als Bedrohung und Konkurrenz für die Volkspartei wahrnimmt. Schließlich speiste sich ein Teil der WASG-Mitglieder aus unzufriedenen SPD-Mitgliedern, und Die Linke besetzt Themenfelder, die früher der SPD eigen waren. Die Marginalisierungsstrategie der *Süddeutschen* könnte somit als eine Art „Rücken-Stärkung“ der SPD verstanden werden.

Neben den ereignisbedingten Effekten ist im Fall der Linken noch kein nachhaltiger Trend für die Beachtung und die Bewertung der Partei festzustellen. Es scheint, dass die Zeitungen im Etablierungsprozess der Linken, wie auch schon bei den Grünen (vgl. Knoche et al. 1992), nicht fördernd, sondern eher hemmend wirken. Die Etablierung einer Partei geht somit einer Veränderung in Häufigkeit und Bewertung der Kommentierung voraus. Auch Eilders (2000) spricht von der politischen Etablierung als Voraussetzung einer positiveren Kommentierung. Diese eher reaktive als proaktive Verhaltensweise der Qualitätszeitungen könnte in der bereits von Lüter (2008) postulierten Distanz der Medien zu einer „Jubelberichterstattung“ (Lüter 2008, S. 216) oder einer generellen Skepsis der Tageszeitungen gegenüber Veränderungen im politischen System begründet liegen. Es

kann aber vermutet werden, dass mit der Zunahme an kommentierungsrelevanten Ereignissen auch die Beachtung der Partei insgesamt steigen und die Bewertung sich dauerhaft ändern wird.

Literatur

- Bergsdorf, H. (2008). *Die neue „Linke“: Partei zwischen Kontinuität und Kurswechsel*. Bonn: Bouvier.
- Blank, F., & Tzschätzsch, J. (2009). *Das Parteiensystem der BRD und seine Entwicklung*. <http://www.bpb.de/themen/KR1MEJ>. Zugegriffen: 3. Feb 2010.
- Bortfeldt, H. (1992). *Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?*. Bonn: Bouvier.
- Decker, F. (2007). Parteiendemokratie im Wandel. In F. Decker & V. Neu (Hrsg.), *Handbuch der Parteien in Deutschland* (S. 19–61). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Die Linke. (2008). *Die Linke in Feinschicht umarmen. Nordrhein-Westfalen: Über den Umgang der WAZ-Gruppe mit der Linken*. [http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx_ttnews\[tt_news\]=1774&tx_ttnews\[backPid\]=154&no_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx_ttnews[tt_news]=1774&tx_ttnews[backPid]=154&no_cache=1). Zugegriffen: 6. Okt 2010.
- Donsbach, W., Wolling, J., & Blomberg, C. von. (1996). Repräsentation politischer Positionen im Mediensystem aus der Sicht deutscher und amerikanischer Journalisten. In W. Hömberg & H. Pürer (Hrsg.), *Medientransformationen* (S. 343–356). Konstanz: UVK-Medien.
- Eilders, C. (2000). Bilder der Parteien in den Medien: Die Darstellung der PDS in überregionalen Pressekommentaren. In R. L. Stiftung (Hrsg.), *Die PDS im Parteiensystem* (S. 154–166). Berlin: Dietz.
- Eilders, C. (2004). Deutung und Meinung. In C. Eilders, F. Neidhardt, & B. Pfetsch (Hrsg.), *Die Stimme der Medien* (S. 129–166). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Eilders, C., Neidhardt, F., & Pfetsch, B. (2004). *Die Stimme der Medien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Galtung, J., & Ruge, M. H. (1965). The structure of foreign news. The presentation of the Congo, Cuba and Cyprus crisis in four norwegian newspapers. *Journal of Peace Research*, 2, 64–91.
- Jandura, O. (2007a). *Kleinparteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jandura, O. (2007b). Politische Chancengleichheit in der Berichterstattung. Darstellung der PDS in der Medienberichterstattung im Vorfeld der Bundestagswahlen 1998 und 2002. In T. Wägenbauer (Hrsg.), *Medienanalyse. Methoden, Ergebnisse, Grenzen* (S. 143–157). Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Kepplinger, H. M. (1989). Voluntaristische Grundlagen der Politikberichterstattung. In F. E. Böckelmann (Hrsg.), *Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel* (S. 59–83). Berlin: Spiess.
- Kepplinger, H. M. (1998). *Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft*. Freiburg: Alber.
- Knoche, M. (1999). Symbiotisch-strategische Realitätskonstruktion. Der erstmalige Einzug der Grünen in den deutschen Bundestag 1983 als zeitgeschichtliches Schlüsselereignis für Politik und Medien. In J. Wilke (Hrsg.), *Massenmedien und Zeitgeschichte* (S. 427–441). Konstanz: UVK Medien.
- Knoche, M., & Lindgens, M. (1990). Fünf-Prozent-Hürde und Medienbarriere. Die Grünen im Bundestagswahlkampf 1987: Neue Politik, Medienpräsenz und Resonanz in der Wählerschaft. In M. Kaase & H.-D. Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987* (S. 569–618). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Knoche, M., & Lindgens, M. (1993). Grüne, Massenmedien und Öffentlichkeit. In J. Raschke (Hrsg.), *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind* (S. 742–768). Köln: Bund-Verlag.

- Knoche, M., Lindgens, M., Schabedoth, E., & Zerdick, A. (1992). Nicht-Veränderung als langfristige Medienwirkung. Einfluss der Presse auf Vorstellungen und Einstellungen zur Politik der Grünen. In W. Schulz (Hrsg.), *Medienwirkungen. Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft* (S. 121–141). Weinheim: VCH Verlagsgesellschaft.
- Langenbacher, W. R., & Ueckermann, R. (1985). Politische Kommunikationsrituale. Zur publizistischen Funktion moderner Wahlkämpfe am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. In F. Plasser, P. A. Ulram, & M. Welan (Hrsg.), *Demokratierituale. Zur politischen Kultur der Informationsgesellschaft* (S. 49–59). Wien: Hermann Böhlau.
- Lüter, A. (2004). Medienprofilierung. In C. Eilders, F. Neidhardt, & B. Pfetsch (Hrsg.), *Die Stimme der Medien* (S. 167–195). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lüter, A. (2008). *Die Kommentarlage. Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nachtwey, O., & Spier, T. (2007). Günstige Gelegenheit? Die sozialen und politischen Entstehungshintergründe der Linkspartei. In T. Spier, F. Butzlaff, M. Micus, & F. Walter (Hrsg.), *Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?* (S. 13–69). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neidhardt, F., Eilders, C., & Pfetsch, B. (2004). Einleitung: „Die Stimme der Medien“ – Pressekommentare als Gegenstand der Öffentlichkeitsforschung. In C. Eilders, F. Neidhardt, & B. Pfetsch (Hrsg.), *Die Stimme der Medien* (S. 11–38). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Niedermayer, O. (2001). Nach der Vereinigung: Der Trend zum fluiden Fünf-Parteiensystem. In O. W. Gabriel, O. Niedermayer, & R. Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland* (S. 107–128). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Östgaard, E. (1965). Factors influencing the flow of news. *Journal of Peace Research*, 2, 39–63.
- Roemheld, R. (1982). Minorisierung im Parteienwettbewerb am Beispiel der „Grünen“. *Sociologia internationalis*, 20, 135–157.
- Ronneberger, F. (1989). Die Rolle von Public Relations im politischen Entscheidungsprozess. In F. E. Böckelmann (Hrsg.), *Medienmacht und Politik. Mediatisierte Politik und politischer Wertewandel* (S. 149–160). Berlin: Spiess.
- Sarcinelli, U. (1997). Von der Parteien- zur Mediendemokratie? Das Beispiel Deutschland. In H. Schatz, O. Jarren, & B. Knap (Hrsg.), *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht* (S. 34–45). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schönbach, K. (1977). *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums*. Freiburg: Alber.
- Schulz, W. (1987). Politikvermittlung durch Massenmedien. In U. Sarcinelli (Hrsg.), *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur* (S. 129–144). Stuttgart: Bonn Aktuell.
- Schulz, W. (1990). *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung* (2. Aufl.). Freiburg: Alber.
- Staab, J. F. (1990). *Nachrichtenwert-Theorie: formale Struktur und empirischer Gehalt*. Freiburg: Alber.
- Voltmer, K. (1997). Ideologische Parallelstrukturen zwischen Medien und politischen Parteien. Eine empirische Analyse politischer Positionen im Agendavergleich. In H. Schatz, O. Jarren, & B. Knap (Hrsg.), *Machtkonzentration in der Multimediagesellschaft? Beiträge zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von politischer und medialer Macht* (S. 157–175). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Mareike Hansen, B.A. ist Studentin im Masterstudiengang Medienmanagement am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.

Dipl.-Medienwiss. Hannah Schmid ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.

Dr. Helmut Scherer ist Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft am Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover.